

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987)

Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540

hier: Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

1. Die Unfälle bei Chemieunternehmen am Rhein, von denen der Sandoz-Unfall der schwerwiegendste gewesen ist, haben aufgezeigt, daß die ordnungsbehördlichen Aufsichtsmaßnahmen nicht ausreichend wirksam sind. Dies gilt auch für Nordrhein-Westfalen, zu dessen Aufgaben der Gewässerschutz gehört.

Mit Patentrezepten wird man kaum erreichen können, daß das Risikopotential in den Unternehmen so vermindert wird, daß durch Unfälle zukünftig nicht mehr die lebenswichtigen Elemente Wasser, Boden und Luft gefährdet werden.

2. Die Verantwortung für die Durchführung der Kontrolle von Industrie und Handel und deren Emissionen ist Landes-sache. Daher hat die Landesregierung sicherzustellen, daß die notwendigen Konzeptionen nicht erst als Reaktion auf Unfälle erstellt werden.
3. Der Landtag fordert deshalb von der Landesregierung, dem Landtag ein Konzept bis März 1987 vorzulegen, daß die Forderung nach einer vorsorgenden Umweltpolitik glaubhaft verwirklichen hilft.
4. In diesem Konzept sind u.a. zu berücksichtigen:
 - die bessere personelle und sächliche Ausstattung der Gewerbeaufsicht, des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft, der Landesanstalt für Immissionsschutz, etc.

Datum des Originals: 11.12.1986/Ausgegeben: 15.12.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

- Qualität, Flexibilität und Geschwindigkeit der staatlichen Luft-, Boden- und Gewässerkontrolle,
 - die Bewertung des Risikopotentials technischer Einrichtungen,
 - staatlicherseits festgelegte Sicherheitsstandards für das Betreiben gewerblicher Einrichtungen.
5. Der Landtag stellt fest, daß die im Haushaltsentwurf 1987 eingesetzten Mittel der Umsetzung dieser vorsorgenden Umweltpolitik nicht gerecht werden. Mit Vorlage der oben eingeforderten Konzeption hat die Landesregierung auch die Haushaltsdefizite darzulegen und Lösungen zu unterbreiten.

Dr. Worms
Hardt
Dr. Linssen
Hegemann
Jäcker
Kruse
Dr. Lichtenberg
Ripkens
Schumacher (Kall)
Stump
Voetmann

und Fraktion